

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 7

Artikel: Umbau der Institutionen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umbau der Institutionen



Die göttliche KP zur «Partei der alternativen Engel»: «Richtig verhandeln können wir erst, wenn du mir dein Programm vorgelegt hast.» («Ludas Matyi», Budapest, 15. 3. 1989)

In Ungarn siegt eine friedliche Revolution auf Kosten der sozialistischen Ordnung.

Die heute noch formell – und *nur* formell – gültige ungarische Verfassung von 1972 ist eigentlich nichts weiter als eine revidierte Neuauflage der stalinistischen Verfassung von 1949 und nimmt sich in der realen politischen Landschaft von heute fremder aus als Mondgestein. Gerade in ihren zentralen Aussagen hat sie jede Gültigkeit verloren, und wenn eine Staatsverfassung überhaupt etwas bedeuten soll, muss eine neue her.

Verfassungswidrige Realität

Tatsächlich ist nicht nur die praktische Politik, sondern auch die Gesetzgebung seit einigen Jahren verfassungswidrig geworden, und niemandem käme es in den Sinn, das zu bedauern oder auch nur zu erwähnen.

Zu den Verfassungsbestimmungen, die man schamhaft verschweigt, gehört Artikel 2, wo es in Absatz 3 heisst: «In der Ungarischen Volksrepublik ist die Arbeiterklasse die führende Klasse der Gesellschaft.» Das war

ehedem eine axiomatische Lüge, und heute ist es ein Nichts. Ebensovienig beruft man sich gegenwärtig auf Artikel 3: «Die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse ist die führende Kraft der Gesellschaft.»

Auch strukturelle und funktionelle Bestimmungen der Verfassung werden nicht eingehalten. Das gilt von Artikel 7 über die Rolle des Volkswirtschaftsplans oder von Artikel 30 (Absatz 5) über die legislativen Kompetenzen des Präsidialrates.

Vor allem aber ist das ganze wichtige Kapitel VII «Die Grundrechte und Grundpflichten der Staatsbürger» in seinen Hauptpunkten so gut wie ausser Kraft gesetzt. Artikel 64 garantiert die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit nur «gemäss den Interessen von Sozialismus und Volk», und Artikel 18 enthält eine ähnliche Auflage bezüglich der wissenschaftlichen Arbeit. Diese Beschränkungen fallen heute in der Praxis dahin. Ebenso haben Volksfront und Gewerkschaften heute weit grössere Funktionen als die parteidienliche Rolle, welche ihnen die Verfassung zubilligt.

Mehrparteiensystem

Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), wie die KP dort heisst, spielt laut Verfassung die alleinige führende Rolle, aber sie selbst hat nun grünes Licht für die Fahrt Richtung Mehrparteiensystem gegeben.

Dieses neu angesagte System hat nichts mit dem sogenannten «sozialistischen Mehrparteiensystem» zu tun, wie es in der DDR, der CSSR, in Bulgarien und – auch schon gebrochen – in Polen besteht und eine Augenwischerei darstellt, weil die andern sogenannten Parteien schon in ihren eigenen Statuten die Führungsrolle der KP anerkennen und Alibigebilde ohne politisches Eigengewicht sind.

Was hingegen jetzt in Ungarn entwickelt wird, ist das, was man früher das «bürgerliche Mehrparteiensystem» nannte, und das heisst einfach ein Mehrparteiensystem ohne den alten Vorbehalt der Alternativlosigkeit.

Was in Ungarn stattfindet, ist eine politische Umgestaltung, und seit Ende 1988/Anfang 1989 sind selbst für führende Parteikreise folgende Ziele massgeblich geworden: Rechtsstaat mit parlamentarischem Regime, Mehrparteiensystem mit Opposition, Selbstverwaltung auf Territorial- und Betriebsebene (Ausnahme: Rüstungsindustrie), neuer Wirtschaftsmechanismus mit Selbstständigkeit, Selbstfinanzierung und Selbstverantwortung der Betriebe. Voraussetzung zu alledem ist eben der Verzicht der USAP auf ihre exklusive Führungs- und Kontrollbefugnisse in Staat und Gesellschaft.

Wie die Staatsverfassung ist auch die Gesetzgebung von der politischen Entwicklung weitgehend überrollt worden. Insbesondere hat man Strafrecht und Strafprozessordnung, welche auf die Bedürfnisse der früheren Diktatur zurechtgeschnitten sind, in ihrem bisherigen Zustand belassen, der im Widerspruch zur heutigen Realität steht. Die Willkürjustiz im Dienste der Partei wäre so betrachtet noch immer möglich, aber die veränderten Machtverhältnisse lassen den praktischen Rückgriff auf sie mit jedem Tag unwahrscheinlicher werden.

Das wichtigste Prinzip des Parteirechts, die Einheit der Partei, ist heute ernsthaft angeschlagen. Noch vor einem Jahr war es als unabdingbar verkündet worden: «Die Partei



«An der Weltausstellung werden wir als Exponate schon an die 30 Parteien und ein paar hundert alternative Organisationen vorzuweisen haben.»
(«Ludas Matyi», Budapest, 22. 2. 1989)

kann es nicht zulassen, dass ihre Mitglieder unter dem Vorwand der freien Meinungsäusserung und Vereinigungsfreiheit an Veranstaltungen oppositioneller und parteifeindlicher Gruppierungen teilnehmen und dort antisozialistische Ideen äussern. Entweder halten sie ihre Verpflichtungen als Parteimitglieder ein, oder man hat sie auszuschliessen» («Nepszabadsag», Budapest, 16. 4. 1988).

Solche Drohungen werden heute nicht wiederholt. Die Partei muss vielmehr froh sein, wenn nicht zu viele Mitglieder die Konsequenzen von sich aus ziehen. Zwischen 1986 und 1988 hatte ein leichter Schwund (von 860 000 auf knapp 830 000 Mitglieder) eingesetzt, und er ist laut Schätzungen seither grösser geworden.

Der Zustand der USAP

Die Hauptgefahr für die Einheit der Partei ist einfach die Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern der politischen Perestrojka. Im Februar dieses Jahres sagte Ministerpräsident Miklos Nemeth erleichtert: «Die Spaltung der Partei in Fundamentalisten und Reformkommunisten konnte verhindert werden» («Budapester Rundschau», 21. 2. 1989). Indessen gilt diese Feststellung nur bedingt und nur provisorisch.

Innerparteiliche Opposition und auch schiere Disziplinlosigkeit nehmen insgesamt eher zu als ab. Schon dass Parteifunktionäre ihrer eigenen Führung widersprechen, wie das jetzt laufend geschieht, war bis vor kurzem unvorstellbar, und dazu kommt noch, dass solche Kritik von der Parteipresse veröffentlicht wird. Das statutarische Verbot zur Fraktionsbildung wird in der Praxis unterlaufen. Der Prorektor der Politischen Hochschule beim Zentralkomitee der USAP erklärt offen, man müsse die Minderheiten mit ihrem Vertretungsanspruch für ihre eigene Meinung innerhalb der Partei anerkennen; das bedeute noch keine Duldung von Fraktionen («Ötlet», Budapest, 10. 3. 1989).

Eine faktische Spaltung der Partei bedeutet die Entstehung der sogenannten Ferenc-Münnich-Gruppe, die im neuen Kurs einen Verrat am Sozialismus sieht. Der jetzigen Parteiführung wird vorgeworfen, sie laste alle Fehler der Vergangenheit dem Sozialismus selbst an, und sie verherrliche die Konterrevolution von 1956, diesen Angriff auf den Sozialismus, als Volksaufstand (Erklärung der Gruppe, veröffentlicht in «Nepszabadsag» am 6. 2. 1989). Diese Gruppe oder «Gesellschaft», wie sie sich selber nennt, zählte zu Jahresbeginn 6000 Mitglieder («Nepszabadsag», 21. 1. 1989).

Aus einem Nichtthema zum Thema geworden ist die finanzielle Lage der Partei, die letztes Jahr 2,7 Milliarden Forint einnahm und 3,2 Milliarden ausgab. Das Defizit ist darauf zurückzuführen, dass man der Partei die gewohnte Subvention aus dem Staatsbudget um 635 Millionen auf 1,45 Milliarden Forint kürzte («Magyar Nemzet», Budapest, 25. 1. 1989). Man sucht nun den Apparat abzubauen und hat bereits den Parteifunktionären den Lohn gekürzt. Überdurchschnittlich ist er geblieben. Ein ZK-Sekretär verdient dieses Jahr 78 000 Forint im Monat und ein gewöhnlicher Funktionär immer noch gut 12 000 Forint, während der Durchschnittslohn bei etwa 8000 Forint liegt («Magyar Hirlap», Budapest, 10. 2. 1989).

Dieses Jahr hat die USAP aus der politischen Lage grundsätzliche Konsequenzen gezogen. Das ZK verabschiedete im März 1989 ein 15-Punkte-Programm, welches die innenpolitische Konkurrenz akzeptiert und ein Mehrparteiensystem für Ungarn anvisiert («Nepszabadsag», 11. 3. 1989).

Das ist im sozialistischen Lager ein Präzedenzfall, gegen den sich ein Teil der Parteiführung bis zuletzt sträubte. Der ZK-Sekretär Janos Berecz hatte noch Ende 1988 ein «bürgerliches Mehrparteiensystem» (d. h. die Zulassung von Oppositionsparteien) unter den Bedingungen des Sozialismus für unzulässig erklärt («Nepszabadsag», 16. 12. 1988).

Vorkämpfer für den Wandel in der Parteiführung war (und bleibt) Imre Pozsgay, früherer Chef der Patriotischen Volksfront, heute Politbüromitglied und Staatsminister. Schon letztes Jahr sprach er sich verschiedentlich für die Zulassung von Oppositionsparteien und für die Wählbarkeit von Oppositionellen ins Parlament aus. Die Frage, was an der sozialistischen Ordnung denn überhaupt noch verteidigungswert sei, ist mittelbar gestellt, wenn Pozsgay etwa sagt: «Wir haben grosse Zweifel, ob der bisherige Sozialismus der richtige war.» («Budapester Rundschau», 3. 10. 1988)

Die ZK-Beratung im Herbst 1988 kam zum traurigen Schluss, die Partei habe das Vertrauen der Bürger verloren und die Parteiführung das Vertrauen der Mitglieder. Als Symptom dafür seien die Austritte speziell von Intellektuellen und Studenten zu werten («Nepszabadsag», 21. 1. 1989).

Der ZK-Sekretär György Fejti führte zur geplanten neuen Verfassung aus, diese werde die führende Rolle der USAP nicht mehr postulieren, sondern vielmehr den allgemeinen Rahmen für ein Mehrparteiensystem abgeben; die konkreten Einzelheiten seien allerdings in einem speziellen Parteiengesetz zu regeln. Zugelassen würden nur Parteien, deren Ziele und Programme mit den Verfassungsprinzipien übereinstimmten. («Magyar Nemzet», 21. 2. 1989)

Die neuen Parteien

Indessen brauchen neue Parteien nicht auf das Parteiengesetz zu warten, um sich zu bilden. Sie stützen sich auf das neue Vereinsgesetz, das Anfang 1989 verabschiedet worden ist (Gesetz Nr. II/1989, «Magyar Közköny», Nr. 5/1989). Neue Vereine können demnach in beliebiger organisatorischer Form gegründet werden und jegliche Tätigkeit ausüben, die in der Verfassung nicht verboten ist. Offensichtlich nimmt man da schon zum vornherein auf die künftige Verfassung Bezug, da der formell «geltende» Text alternative Vereinigungen ja nicht zulässt. Gleichzeitig angenommen wurde ein neues Versammlungsgesetz, das die Versammlungsfreiheit mit wenigen Vorbehalten gewährleistet (gleiche Quelle).

Beide Gesetze sind für die Gründung von neuen Parteien und deren Tätigkeit von grosser Bedeutung. Gleich nach Verabschiedung des Vereinsgesetzes sind zahlreiche Vereine, Alternativgruppen und Parteien offiziell gegründet worden. Viele von ihnen hatten allerdings praktisch schon 1988 bestanden – nur eben informell.

Eine spezielle Rolle spielen die wiedererstandenen Parteien von früher. Man hatte sie zwischen 1945 und 1948 mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht zur Koalition mit den Kommunisten gezwungen, und liquidierte sie dann 1948/49 widerrechtlich; viele ihrer Exponenten und Mitglieder verschwanden in Lagern und Gefängnissen.



Weil die USAP (= KP) doch eine bewaffnete Arbeiterwache unterhält: «Und warum sollte die Unabhängige Kleinlandwirtepartei keine bewaffnete Bauernwache haben dürfen?» («Ludas Matyi», Budapest, 1. 3. 1989)

Nunmehr konstituieren sie sich – zum Teil unter geänderten Namen – erneut, und mit ihnen möchte die USAP heute – freilich unter ganz anderen Vorzeichen als nach dem Krieg – wieder zu einem Einvernehmen zwecks Koalition kommen. «Vergessen wir 1948» lautet die ungesagte Botschaft. Dem Angebot stehen die in Aussicht genommenen Partner mit begreiflichem Misstrauen gegenüber. Einzig die Sozialdemokratische Partei hat die vorbehaltliche Erklärung abgegeben, sie könnte von Fall zu Fall bereit sein, an einer Koalitionsregierung mit der USAP teilzunehmen, aber nur im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie («Nepszabadsag», 21. 1. 1989).

Die USAP ihrerseits stellt sich die Koalition so vor, dass ihr beim Übergang zum Mehrparteiensystem die «bestimmende Rolle» zustehe («Nepszabadsag», 28. 2. 1989), und wirbt vor allem bei der SP um Verständnis dafür. Diese Partei war am 12. Juni 1948 zur «Vereinigung» mit der KP gezwungen worden (daher der spätere Name Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei), was wenig später die politische und zum Teil sogar physische Liquidierung aller Sozialdemokraten bedeutete, die auch nur etwas von ihrer sozialdemokratischen Identität bewahren wollten. Mit den Verfolgten von damals und ihren Nachkommen sucht die USAP heute Frieden zu schliessen und bietet Dialog an.

Das tut die am 9. 1. 1989 wiedergegründete SP auch, aber mit ihren eigenen Vorstellungen. Schon im Januar forderte sie die Abnabelung der Gewerkschaften von der USAP: Keiner Partei dürfe es gestattet sein, Funktionäre in die Gewerkschaften abzukommandieren, um dort Leitung und Kontrolle auszuüben («Magyar Hirlap», 15. 1. 1989). Bei einer späteren Vollversammlung definierte sie ihre Ziele unmissverständlich («Magyar Hirlap», 2. 3. 1989): Liquidierung

der Militärböcke, Garantie der Souveränität und Neutralität (!) Ungarns, «radikale» Reform der Eigentumsverhältnisse, Verbot für «jede» Partei, eigene bewaffnete Einheiten aufzustellen. (Dieser letzte Punkt zielt auf die sogenannte Arbeiterwache, eine bewaffnete Parteitruppe, die man nach der Niederschlagung des Volksaufstandes von 1956 gründete.) Das Paket dürfte selbst für ausgesprochene Reformkommunisten unannehmbar sein.

Der neuen SP haben sich einige USAP-Funktionäre angeschlossen, die aus ihrer Partei ausgetreten sind.

Noch dezidierter verhält sich die Nachfolgeorganisation der seinerzeitigen Kleinlandwirtepartei (der grössten Partei des Landes nach dem Krieg). Sie hat sich im Januar als Unabhängige Partei der Kleinbauern, Landarbeiter und Bürger neu konstituiert, aber registrieren lassen will sie sich erst dann, wenn ihr als Partei der gleiche Status gewährleistet werde wie der USAP. Die neue Vereinigung zählte bei ihrer Gründung 4000 Mitglieder und will bald auf 100 000 Mitglieder kommen. («Magyar Hirlap», 13. 1. 1989)

Im Januar 1989 entstand als neue Agrarpartei ferner eine Nachfolgerin der nach 1948 aufgelösten Nationalen Bauernpartei, nunmehr unter dem Namen Ungarische Volkspartei. Zu ihren Forderungen gehört die moralische und materielle Entschädigung der Opfer des Rakosi-Regimes und deren Nachkommen. Sie rechnet mit 60 000 bis 80 000 Mitgliedern. («Magyar Hirlap», 18. 2. 1989)

Da die Volkspartei ein (abgeändertes) Kollektivsystem für die Landwirtschaft postuliert, tritt sie nicht in Konkurrenz zur Kleinlandwirtepartei, wohl aber zur USAP, aus deren Reihen sie ihre Mitglieder vornehm-

lich rekrutiert. Um den «Überläufern» die Sache zu erleichtern, hat sie sogar die «Sympathisantenmitgliedschaft» für Leute eingeführt, die gleichzeitig bei der USAP bleiben wollen («Uj Tükör», Budapest, 12. 3. 1989). Ihre weltanschauliche Position ist einerseits kommunistischer als die der offiziellen Kommunisten, soweit es um ordnungspolitische Grundvorstellungen geht, und andererseits betont antikommunistisch, soweit es um die bisherige Machthandhabung geht.

Die in modifizierter Form wiedererstandenen Traditionsparteien sind indes nur ein Teil der neuen politischen Landschaft; überall entstehen (meist kleine) erstmalige politische Gruppierungen von unterschiedlichem Gewicht.

Von landesweiter Bedeutung ist zweifellos der SZDSZ, der Verband Freier Demokraten, der seit März 1989 als Partei konstituiert ist. Er strebt die Öffnung Ungarns zum Weltmarkt an und unterstützt im RGW-Rahmen bloss die gegenseitig vorteilhaften Verträge, die tatsächlich verwirklicht werden. Dieser Position ist das amtliche Budapest inzwischen auch schon sehr nahe gerückt. Den Kommunisten wirft der SZDSZ vor, sie suchten den Entwurf zur neuen Staatsverfassung im Alleingang auszuarbeiten und dem Parlament in dessen alter Zusammensetzung vorzulegen, das heisst zu diktieren («Nepszabadsag», 17. 3. 1989). Dazu ist freilich anzumerken, dass die Verfassung diesmal durch Volksabstimmung anzunehmen ist, und die Ungarn lassen sich heute nicht mehr so leicht irgend etwas diktieren.

Die vielfältige und aufgesplitterte Opposition in Ungarn beginnt sich zu koordinieren. Am 15. März 1989 haben 31 unabhängige Organisationen und Parteien ein 12-Punkte-Programm unterzeichnet, das unter anderem folgende Forderungen erhebt: Mehrparteiensystem, Aufhebung des staatlichen Kirchenamtes, Recht auf Streiks und Solidaritätsstreiks, Marktwirtschaft, Aufhebung der paramilitärischen Parteieinheiten. («Magyar Nemzet», 16. 3. 1989)

Das Politbüro der USAP hat Mitte März den Entwurf des Parteiengesetzes behandelt, den man im Sommer dem Parlament unterbreiten will. Es anerkennt das Mehrparteiensystem mitsamt der Möglichkeiten von Basisgruppen unterschiedlicher Parteien in den Betrieben. Alle registrierten Parteien sollen staatliche Subventionen erhalten, in Anerkennung ihrer gesellschaftswichtigen Aufgaben. Eine Organisation kann als Partei registriert werden, wenn sie mindestens 1000 Mitglieder nachweist. Die Aufsicht über die Parteien soll das Verfassungsgericht ausüben. («Magyar Nemzet», 15. 3. 1989)

Die USAP ihrerseits hat beschlossen, sich ein neues Statut zu geben, welches Abschied vom Monopol der Macht nehmen wird. Imre Pozsgay: «Im Einparteiensystem kann Ungarn sein politisches Gleichgewicht nicht finden.» («Magyar Hirlap», 10. 3. 1989)



«Neue Markierung.» Bild und Bildlegende aus der Jugendzeitschrift «Magyar Ifjuság», dem offiziellen KISZ-Organ, Budapest, 10. 3. 1989

Der Kommunistische Jugendbund KISZ: Selbstverleugnung und Konkurrenz

Eine eigene Entwicklung nahm der Kommunistische Jugendbund KISZ, dem vor allem die studentische Jugend wegen seiner Parteiabhängigkeit davonlief. So beschloss er im November 1988, die direkte Parteiführung nicht mehr anzuerkennen und zur USAP nur noch partnerschaftliche Beziehungen zu pflegen. Im Januar 1989 doppelte er mit dem Beschluss nach, bei künftigen Wahlen mit einem eigenen Wahlprogramm aufzutreten.

Die Zahl der KISZ-Mitglieder ist innerhalb von zwei Jahren von 900 000 auf 700 000 gesunken, wobei manche KISZ-Organisationen ihren Bestand nur noch durch Tarnung retten konnten, indem sie sich einen andern Namen gaben. Der Rückgang ist namentlich bei den Hoch- und den Mittelschulen dramatisch; dort sind viele Sektionen mangels Interessenten aufgelöst worden. Und was noch funktioniert, sind oft genug selbständig gewordene Fraktionen, die sich um die offizielle KISZ-Politik einen Deut scheren und nur noch ihren staatlichen Subventionsanteil beanspruchen, der neuerlich auch drastisch gesenkt wurde, zum Beispiel im west-ungarischen Komitat Győr auf die Hälfte des früheren Betrags («Kisaföld», Budapest, 31. 1. 1989). Im März 1989 gab es innerhalb des KISZ bereits 30 verschiedene Fraktionen und Gruppen; knapp ein Dutzend weitere waren im Entstehen begriffen.

Vor allem aber sind unzählige Jugendorganisationen ausserhalb des KISZ entstanden. Vor einem Jahr noch hatte die USAP den

Monopolanspruch des KISZ auf landesweite Jugendorganisationen verteidigt («Magyar Nemzet», 18. 4. 1988), und das wirkt heute wie ein Witz aus Grossmutterns Zeiten.

Im Februar 1989 entstand zur Koordination der vielen unabhängigen Jugendgruppen der MISZOT, der Landesverband Ungarischer Jugendorganisationen («Magyar Hirlap», 8. 2. 1989); ihm können Vereinigungen ab 500 Mitglieder beitreten. Wichtige landesweite Jugendorganisationen ausserhalb der Parteijugend sind das Sozialdemokratische Jugendforum (seit Herbst 1988), der Ungarische Pfadfinderverband und ein «Netz der Reformgemeinschaften». An den Hochschulen entstanden nichtmarxistische Studentenvereinigungen, zum Beispiel im Herbst 1988 an der Karl-Marx-Universität für Wirtschaftswissenschaften.

Der stürmischen Entwicklung gegenüber verhält sich der KISZ mit einer Toleranz, die aus der Not eine Tugend macht. Der neue KISZ-Generalsekretär meinte im Februar, seine Organisation müsse ihre Befugnisse und ihr Vermögen mit den übrigen Jugendorganisationen teilen, und im übrigen solle jede Jugendorganisation entsprechend ihrer Stärke eine staatliche Subvention erhalten («Nepszabadsag», 14. 2. 1989).

Noch weiter in der Selbstverleugnung ging das KISZ-Komitee im Innenministerium, also im Polizeiministerium. Es verlangte, dass das Ministerium bei sich die Entstehung und Tätigkeit alternativer Gruppen zulassen müsse, denn diese Forderung ergebe sich aus dem neuen Vereinsrecht («Magyar Hirlap», 2. 3. 1988).

Die Patriotische Volksfront

Die Patriotische Volksfront definiert sich jetzt schon anders als früher, nämlich «nicht mehr als Transmissionsriemen der Partei, sondern als souveräne Bewegung» («Magyar Nemzet», 21. 1. 1989), was sie durch die Aufstellung eigener Kandidaten für die nächsten Wahlen unterstreichen will. Darüber hinaus will sie ihre politische Linie an ihrem Kongress vom Oktober 1989 «grundsätzlich ändern» und ihre neue Rolle in einem Mehrparteiensystem festlegen. Bis dahin gedenkt sie, Verhandlungen mit unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen zu führen. («Magyar Nemzet», 24. 1. 1989)

Ihr eigenes Profil hatte sich die Volksfront als erste politische Institution schon 1987/88 unter Imre Pozsgay zugelegt. Ihre Losung vom «sozialistischen Pluralismus» war so erfolgreich, dass man sich heute fragen muss, ob sie sich nicht selber überflüssig gemacht hat, wenn der Pluralismus tout court seinen Einzug hält. Vielleicht wird sie zu einer Art überparteilicher staatsbürgerlicher Gesellschaft, oder sie wandelt sich selbst zu einer faktischen Partei; irgendwer müsste doch das marxistische Gedankengut pflegen, wenn es schon die Kommunisten nicht mehr tun wollen.

Die Gewerkschaften

In einer ähnlichen Lage wie der kommunistische Jugendbund befindet sich der SZOT, der offizielle Landesrat der Gewerkschaftsverbände. Einerseits geht er auf Distanz zur Partei, um ein eigenes Profil zu gewinnen, und andererseits wird er von unabhängigen Gewerkschaften konkurrenziert, die neu entstanden sind.

Wie alle kommunistisch gelenkten Organisationen leiden die offiziellen Gewerkschaftsverbände an Mitgliederschwund. Schon vor einem Jahr hatten sie, wie es in der «Nepszabadsag» vom 30. 4. 1988 unklar hiess, «in letzter Zeit 300 000 bis 400 000 Mitglieder verloren». Um das Vertrauen der Basis zurückzugewinnen, ging der SZOT schon letztes Jahr in Opposition zu konkreten Regierungsbeschlüssen, indem er beispielsweise gegen Preiserhöhungen protestierte und verlangte, solche Massnahmen seien vorgängig mit ihm abzusprechen («Budapester Rundschau», 8. 8. 1988).

Das genügte nicht, und bald entschloss sich der Landesrat zu einer radikalen Erneuerung: Als Zeichen dafür hat er seine eigenen Statuten ausser Kraft gesetzt, um sich neu zu formieren («Magyar Hirlap», Budapest, 19. 12. 1988).

Unterdessen entstehen auf Initiative der Basis laufend neue Gewerkschaften. Ende letzten Jahres konstituierte sich der besonders aktive Demokratische Gewerkschaftsverband Wissenschaftlicher Mitarbeiter (TODSZ) mit einem Gründungsbestand von 4000 Mitgliedern. Seine erste Delegiertenversammlung lehnte die SZOT-Führung ab und nahm Stellung gegen die USAP. («Magyar Hirlap», Budapest, 7. 3. 1989)

Die vielen neuen Gewerkschaftsorganisationen haben sich bereits zusammengeschlossen und eine Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaftsverbände ausgerufen. («Magyar Hirlap», 7. 3. 1989)

Zu alledem kommen ungezählte kleine gesellschaftliche Gruppierungen und Gruppen, die lokal, regional oder national entstehen und fast immer oppositionellen Charakter haben. Eine Anzahl von ihnen haben einen Landesrat zur Interessenkoordination gegründet («Magyar Nemzet», 8. 2. 1989), der bald darauf mit einer ersten gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit trat. Der Text spricht der USAP jeglichen Anspruch auf eine Führungsrolle ab und verlangt unter anderem die Abschaffung des Staatsmonopols bei den elektronischen Medien. («Magyar Nemzet», 18. 2. 1988)

So geht in Ungarn die gewaltlose Revolution vor sich, die zur Demontage des Sozialismus führt, eine beispielhafte Entwicklung. ■